

# Soziale Gräben werden immer tiefer

## Armutbericht: Spaltung der Stadt verfestigt sich

Von unserem Redakteur  
Michael Brandt

**BREMEN. Die soziale Teilung der Stadt verfestigt sich immer stärker. Das ist die zentrale Aussage des 6. Armutsberichts, den die Arbeitnehmerkammer gestern vorgelegt hat. Armut ist dabei nicht allein durch ein geringes Einkommen gekennzeichnet: Wer in einem benachteiligten Stadtteil wohnt, heißt es in der 140 Seiten umfassenden Studie, hat eine bis zu viermal geringere Chance, es auf eine weiterführende Schule zu schaffen.**

Zunächst stellen die Autoren des Berichts fest, dass der konjunkturelle Aufschwung nicht alle Menschen erreicht. Die Zahl derjenigen, die auf staatliche Hilfe angewiesen sind, habe sich nur ganz geringfügig verringert. Den bisher höchsten Stand der Hartz-IV-Bezieher gab es im Land Bremen demnach im Mai 2006 mit 102777, bis zum Juli 2007 hatte sich diese Zahl auf 99900 etwas verringert. Als brisant sieht der Bericht allerdings die „Verfestigung sozialer Ungleichheit“ an.

Karl Schlichting vom Statistischen Landesamt schilderte die Situation plastisch: „Die Armutsinseln sind höher

geworden und sie haben sich zu Flächen verbunden.“ Der Ortsteil Steffensweg im Bremen Westen markiert dabei das untere Einkommensende. Die durchschnittlichen Jahreseinkünfte liegen hier bei durchschnittlich 21420 Euro. Am anderen Ende der Skala liegt Horn-Lehe mit dem fast fünffachen Betrag: 101750 Euro.

Chancengleichheit unter den Stadtteilen gibt es dem neuen Armutsbericht zufolge nicht: Zum geringen Einkommen gesellen sich weitere Nachteile bei der Bildung, bei der Jobsuche. Das reicht einer Studie des Gesundheitsamtes zufolge bis zur Lebenserwartung. Arbeitnehmerkammer-Referent Bernd Strüßmann sprach von „negativen Effekten des Wohnumfeldes“.

Die „räumliche Konzentration sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen“ hat laut Andreas Farwick von der Universität in den 80er Jahren begonnen. Während wohlhabende Familien sich zum Beispiel aus Großwohnanlagen zurückzogen, „blieben die sogenannten A-Gruppen (Arbeitslose, Arme, Alte, Ausländer) in diesen Gebieten zurück.“ Die zahlreichen Karten im Bericht machen zudem deutlich, dass diese soziale Entmischung zunimmt. So haben zum Beispiel in den attraktiven innerstädtischen Gebieten wie Altstadt, Fesenfeld und Peterswerder „die ohnehin

schon unterdurchschnittlichen Anteile an Sozialhilfebeziehern“ von 1999 bis 2004 weiter abgenommen.

Kammer-Geschäftsführer Hans Endl skizzierte die Forderungen, die aus dem vorliegenden Zahlenmaterial resultierten. Auf Bundesebene sind dies zum Beispiel ein Mindestlohn von 7,50 Euro, ein Anheben des Arbeitslosengeld-II-Regelsatzes auf 420 Euro und eine Reform des Kinderzuschlags. Für Bremen erwartet Endl: „Die Politik wird ihr Versprechen wahr machen müssen, Mittel zu mobilisieren, um die soziale Spaltung zu verhindern.“

Die Kammer hält eine Stadtentwicklungspolitik über die Ressortgrenzen hinaus für unerlässlich. Es müssten Bildungseinrichtungen in benachteiligten Stadtteilen gefördert werden. Stadterneuerungsprogramme wie „Wohnen in Nachbarschaften“ dürften nicht auslauten, sondern müssten bedeutend aufgestockt werden.

Sozialsenatorin Ingelore Rosenkötter (SPD) hat den Bericht gestern begrüßt und als Bestätigung für die Schwerpunkte der Regierungskoalition interpretiert. Sie sagte: „Wir brauchen in unserer Stadt eine breite Diskussion über Armut und soziale Ausgrenzung. „ Nur so könne die Lebensqualität in Bremen bewahrt werden.

*Weser-Kurier 7.12.2007*



Der Bereich Steffensweg markiert dem Armutsbericht zufolge das untere Ende der Einkommenskala mit durchschnittlichen Jahreseinkünften von 21420 Euro.



In gut situierten Stadtteilen (hier die Marcusallee) erreicht das durchschnittliche Einkommen bis zu 101750 Euro.  
FOTOS: JOCHEN STOSS